

Keine Zeit für Experimente

Die Energiekrise in Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine legt die Herausforderungen, vor denen die Industrie derzeit steht, wie unter einem Brennglas offen. Nicht alle sind neu – aber sie müssen angesichts der vielbeschworenen „Zeitenwende“ neu bewertet werden. Denn die Spielregeln haben sich fundamental geändert.

Schon jetzt sind Unternehmen gezwungen, ihre Produktion bei besonders energieintensiven Prozessen zu drosseln. Erste Anlagen stehen bereits still. Leider ist diese dramatische Entwicklung im politischen Raum offensichtlich noch nicht ausreichend durchgedrungen.

Viele Erfolgsfaktoren unseres Industrielands geraten derzeit ins Wanken: Die Infrastruktur bröckelt, Innovationen lassen nach, Fachkräfte sind rar. Zugleich befindet sich die Welt im Umbruch: Nachhaltigkeit und Digitalisierung erfordern unsere vollste Aufmerksamkeit. Wirtschaftliche Entwicklungen werden zunehmend aus Richtung Asien bestimmt. Hinzu kommt der „Unsicherheitsfaktor Brüssel“: Nahezu unbeeindruckt von den aktuellen Entwicklungen legt die EU-Kommission ein Verhalten an den Tag, das nur noch als fahrlässig zu bezeichnen ist. Statt der Wirtschaft unnötige Zusatzbelastungen zu nehmen, setzt sie unbeirrt auf Projekte aus der Vorkriegszeit und gefällt sich in der Rolle der globalen Muster-schülerin in Sachen Umwelt- und Klimaschutz.

Schluss mit „Wünsch dir was“

Aber auch die Bundesregierung muss ihren Kompass nachjustieren: Aus den bisherigen Entlastungspaketen fließen insgesamt mehr als 95 Milliarden Euro in sicher gut gemeinte soziale Wohltaten. Dieses Prinzip Gießkanne mag viele vorerst beruhigen, langfristig helfen wird es leider nicht. Auch wenn die Unterstützung bedürftiger Privathaushalte richtig und wichtig ist: Es muss dringend industriepolitisch gegengesteuert werden. Sonst fehlen uns die vielen Milliarden bald für die Transformation der Wirtschaft in einem zunehmend komplexen Wettbewerbsumfeld.

Die aktuelle Krise lässt uns keine Zeit für Experimente, denn sie bringt die Industrie und damit die Basis für Frieden und Wohlstand in ganz Europa in akute Gefahr. Lassen Sie uns darüber reden, wie wir das Schlimmste verhindern können. Erste Vorschläge haben wir in diesem Politikbrief sowie in einem ausführlichen [Positionspapier](#) zusammengestellt.



Christian Kullmann
VCI-Präsident



So bewältigen wir die Energiekrise

Deutschland und Europa steuern auf eine Rezession zu. Vergleichbare Situationen wurden in der Vergangenheit nur mithilfe einer starken Wirtschaft gemeistert. Damit Branchen wie die energieintensive Chemie- und Pharma-industrie auch dieses Mal ihren Beitrag dazu leisten können, ist eine kurzfristige Stabilisierung der Gas- und Strommärkte für die Unternehmen existenziell.

● Energieangebot rasch ausweiten

Es wird nach wie vor viel zu viel Gas verstromt. Zugleich bestimmen die Gaskraftwerke meist den Strompreis – und treiben ihn in die Höhe. Um das zu ändern, müssen alle verfügbaren Energieträger



schnellstmöglich ans Netz oder weiter betrieben werden. Dazu gehören erneuerbare Energien genauso wie Kohle- und Kernkraft. Die praktischen Hürden für einen kurzfristigen „Fuel Switch“ müssen beseitigt werden. Wichtig: Auch wenn die Energiekrise ohne Kohlestrom kurzfristig nicht zu lösen ist – das Ziel der Treibhausgasneutralität bleibt bestehen.

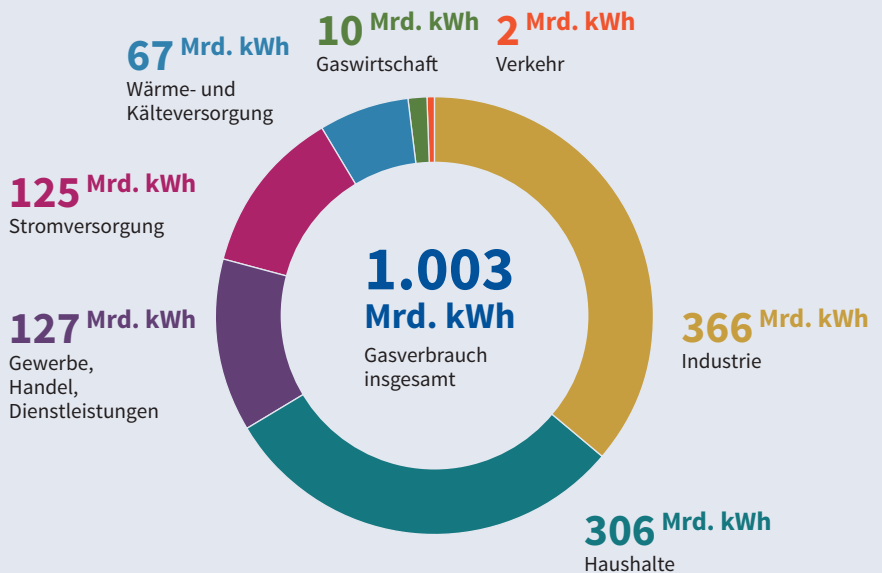
● Entlastungspakete zügig konkretisieren

Die „Strompreisbremse für den Basisverbrauch“ muss ausdefiniert werden. Auch höhere industrielle Verbräuche sind zu berücksichtigen. Das „Programm für energieintensive Unternehmen“ muss schnell ausgestellt werden. Das „Energiekostendämpfungsprogramm“ muss verlängert, dessen Zuwendungskriterien müssen mittelstandsfreundlich und ohne Benachteiligung für Unternehmen in Chemieparcs ausgestellt werden.



WO GEHT DAS ERDGAS HIN?

VERBRAUCH IN DEUTSCHLAND 2021 NACH KUNDENGRUPPEN



Quelle: DVGW

Die Industrie ist der mit Abstand größte Gasverbraucher Deutschlands. Wenngleich die Unternehmen den Verbrauch 2022 bereits drastisch gesenkt haben, sind sie dringend auf politische Unterstützung zur Abmilderung der Energiekrise angewiesen.

● Gasumlage aus dem Bundeshaushalt decken

Die Umsetzung der Gasumlage stößt auf viele Hürden und treibt die ohnehin schon hohen Strompreise weiter in die Höhe. Das geht nicht nur zulasten der gesellschaftlichen Akzeptanz, sondern führt zu unverantwortbaren Mehrkosten von rund 4 Milliarden Euro pro Jahr allein für die chemische Industrie. Die Umlage muss daher dringend überdacht und aus dem Bundeshaushalt mitfinanziert werden. In Not geratene, marktrelevante Gasversorger sollten zielgerichtet und temporär mit Staatsbeteiligungen gestützt werden (über §29 EnSiG).



● Europa braucht stabile Energiemärkte

Die derzeitige Schieflage an den Energiemärkten ist eine europäische Herausforderung, für deren Bewältigung es auf gemeinsam abgestimmte Rahmenbedingungen sowie beihilferechtlich abgesicherte Maßnahmen ankommt. Es muss gelingen, eine europäische Strompreisbremse zu konstruieren. Gesetzesinitiativen, die die Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich belasten – wie die Chemikalienemissionsrichtlinie und die geplanten CO₂-Grenzausgleichsmaßnahmen –, sind zu verschieben.



Leichtfertige Eingriffe unterlassen



Das Design des Strommarkts zählt zu den komplexesten Regulierungen überhaupt. Erlösobergrenzen senken nicht den Strompreis. Falls sie dennoch nötig sind, dann nur bei Energieträgern mit niedrigen, variablen Kosten am Anfang der „Merit Order“. Abschöpfungen dieser Erlöse müssen allen Verbrauchern – auch der Industrie – zugutekommen. Die vorgesehene „Abschöpfung von Zufallsgewinnen“ ist abzulehnen, da sie kurzfristig keine Entlastung im Gas- und Strommarkt schafft. Kohleverstromung sollte nicht durch weitere Einschränkungen erschwert, sondern erleichtert werden.

Resilienz mithilfe der Industrie stärken



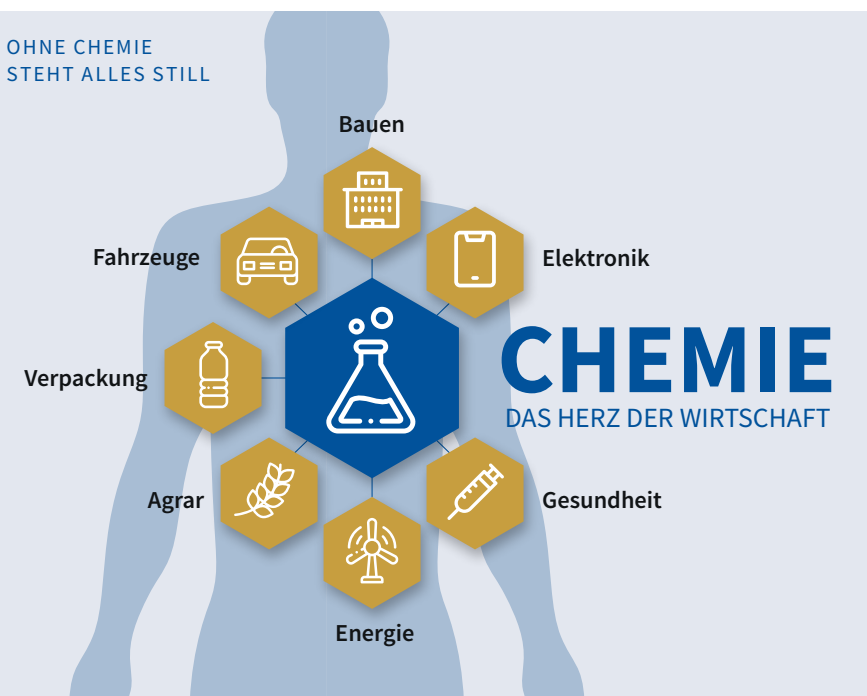
Die von Russland aufgezwungene Energiekrise erfordert den kurzfristigen und zeitlich begrenzten Einsatz von Finanzmitteln aus dem Bundeshaushalt. Es geht derzeit um nicht weniger

als den Erhalt der sozialen Marktwirtschaft und die Basis für unseren Wohlstand: die hiesige Industriestruktur. Verlorene Struktur kommt nach der Krise nicht mehr zurück, Arbeitslosigkeit und Sozialtransfers müssten dann mit noch höheren Beträgen finanziert werden. Ohne Industrie sind diese Krise und ihre Folgen nicht zu stemmen.

Wertschöpfungsketten drohen zu reißen

Was passiert, wenn Basischemikalien wie Methanol, Acetylen und Ammoniak knapp werden? Drei plakative Beispiele:

- Fehlen Vorprodukte für Betäubungsmittel, Infusionslösungen oder andere pharmazeutische Erzeugnisse, ist eine hochwertige Gesundheitsversorgung akut gefährdet.
- Es käme zum Versorgungsengpass mit Harnstoff für AdBlue und damit für die gesamte Logistikkette der Wirtschaft.
- Ohne Salzsäure – ein Abfallprodukt der Chlorchemie – können Müllverbrennungsanlagen nicht betrieben werden.



Ohne die Chemie- und Pharmaindustrie wäre das moderne Leben undenkbar. Sie steht im Zentrum des Wirtschaftskreislaufs. Da mehr als ein Fünftel des industriellen Gas- und Stromverbrauchs in Deutschland auf die Branche entfällt, ist sie zwar mit am stärksten von den steigenden Energiepreisen betroffen. Nachgelagert leidet aber die gesamte Wertschöpfung darunter.

Unser Mittelstand braucht Unterstützung!

Mit rund 1.900 Unternehmen und 175.000 Beschäftigten bildet der Mittelstand das Rückgrat der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie: Gut 90 Prozent der Unternehmen haben weniger als 500 Beschäftigte und/oder sind familiengeführt. Gerade diese Unternehmen stellen die massiven Herausforderungen durch die drohende Gasmangellage, die dramatisch steigenden Energiepreise und die für die Transformation zur Treibhausgasneutralität erforderliche Modernisierung ihrer Anlagen vor eine Mammutaufgabe.

Impressum

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, vci@vci.de, www.vci.de, twitter.com/chemieverband
Redaktionsschluss 16. September 2022 **Verantwortlich** Jenni Glaser **Agenturpartner** Köster Kommunikation, GDE Kommunikation gestalten